

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2705

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2705



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

KLIMASCHUTZ: JETZT ERST RECHT!

**SP FORDERT INVESTITIONEN FÜR DEN
NEUSTART NACH DER KRISE**

Position der SP Schweiz zum Klimaschutz und zur Corona-Pandemie
verabschiedet von der Geschäftsleitung der SP Schweiz am 19. Juni 2020



ZUSAMMENFASSUNG

Die wirtschaftliche und ökologische Lage ist gravierend. Unser Land kann nach der Covid-Krise nicht einfach zum Alltag zurückkehren. Die nächsten Jahre entscheiden darüber, ob es der Schweiz gelingt, zukunftsfähige Jobs zu schaffen und ihren Teil zur Abwendung der Klimakatastrophe zu leisten

Die SP fordert, dass der Bund den Investitionsrückgang der letzten Jahre korrigiert und den Zubau von Solarenergie sowie von elektrischen Lade- und Speicherlösungen, die Sanierungen von Gebäuden und Produktionsprozessen sowie die Revitalisierung von Naturschutzgebieten und Fliessgewässern beschleunigt. Das CO₂-Gesetz schafft wichtige Grundlagen dazu, ohne staatliche finanzierte Anreizprogramme aber geht es nicht.

Ein Impulsprogramm, das an den Klimaschutz geknüpft ist, ist unter verschiedenen Gesichtspunkten sinnvoll. Einerseits kann sich so die Schweizer Wirtschaft, die in den nächsten Monaten nur schwach ausgelastet ist, auf die Zukunft vorbereiten. Und zweitens kann die Schweiz den grossen Strukturanpassungs- und Investitionsbedarf verkleinern, der zur Erfüllung der Klimaziele nötig ist. Die Stabilisierung des Weltklimas kann nur gelingen, wenn der Neustart der Wirtschaft dazu genutzt wird, Jobs im Bereich einer möglichst CO₂-neutralen Produktion zu schaffen.

Genau deshalb werden weltweit hunderte Milliarden schwere Konjunkturprogramme aufgezogen, welche an die Klimaziele geknüpft sind. Die wichtigsten Ökonom_innen der Welt empfehlen dies ebenso wie die OECD und die EU. Denn staatliches Fördern von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz hat positive gesamtwirtschaftliche Effekte. Fossile Importe werden durch Wertschöpfung im Inland ersetzt. Der vom Staat eingesetzte Franken fliesst mehrfach zurück und schafft zukunftsfähige Jobs, die das Klima entlasten. Die Schweiz verfügt längstens über das Geld, die Technologie und das Know-how, um die Schweiz rasch klimaneutral zu machen.

KLIMASCHUTZ: JETZT ERST RECHT!

Wir glauben an die Kraft der Veränderung. Wir verstehen die Corona-Krise als Auftrag für einen Neustart, als Auftrag für eine nachhaltige Entwicklung. Diese muss durch die Besinnung auf unsere Gemeinschaftsgüter und auf den solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft sowie durch Rücksicht auf die beschränkten natürlichen Ressourcen geleitet werden. Aus der Geschichte wissen wir, dass Krisen ein Wendepunkt für die Gesellschaft sein können, weil sie ein Umdenken auslösen und neue Kräfte freisetzen. Ein solcher Wendepunkt ist jetzt gekommen.

Klimapolitik ist weit mehr als die Abwehr künftiger Naturkatastrophen oder die Umsetzung internationaler Verträge. Sie ist der dringende Auftrag, kurzfristige Renditeorientierungen zu korrigieren, damit unsere Wirtschaft allen Menschen heute und in Zukunft ein gutes Leben ermöglichen kann. Wir wollen dafür sorgen, dass das Schicksal unseres Planeten nicht von individuellen Kaufentscheidungen und von der Laune profitstrebender Eigentümer abhängt, sondern von politischen Rahmenbedingungen, welche die Lebensqualität aller verbessern und die ökologischen Grenzen der Erde ohne Wenn und Aber respektieren.

Wir wollen keine rein auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaft, sondern fordern eine Wirtschaft des Gedeihens¹, welche an die Stelle der Gegensätze von Mangel und Überfluss, Verödung und Verschwendung tritt, welche die heutige Wirtschaftsweise prägen. Ein wichtiger Schritt dorthin besteht darin, die Infrastruktur für Produktion, Mobilität, Elektrizität und Wärme rasch klimaneutral umzubauen und dafür zu sorgen, dass sie demokratisch kontrolliert wird. Individualverkehr ebenso wie Flugverkehr müssen reduziert werden. Es braucht dringend grosse Investitionen und neue globale Regeln, die sicherstellen, dass die Finanzflüsse nicht länger der Zerstörung, sondern dem Schutz des Planeten dienen. Dazu braucht es auch einen Richtungswechsel auf dem Finanzplatz fürs Klima – denn die über den Finanzplatz Schweiz getätigten Investitionen verursachen jedes Jahr Treibhausgasemissionen von über 1100 Millionen Tonnen.²

Bestimmte gesellschaftliche Gruppen sind vom Klimawandel besonders betroffen. Dazu gehören ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Vorerkrankungen, die überdurchschnittlich unter Hitze und Trockenheit leiden. Auch das Geschlecht spielt eine Rolle. Frauen sind weniger Verursacherinnen des Klimawandels, sind aber überproportional von dessen Auswirkungen betroffen. Gleichzeitig werden sie weniger in die Klimapolitik einbezogen, und sie haben weniger Möglichkeiten, diese zu beeinflussen. Frauen sind in der Politik ungenügend vertreten, in den Medien ungenügend präsent und in der öffentlichen Debatte ungenügend sichtbar und hörbar. Sie haben kaum Zugang zu den Schlüsselpositionen der Wirtschaft, wo die wichtigen Entscheidungen gefällt werden. Frauen können und wollen aber auch einen Beitrag zur Lösung der Krise und zur Bekämpfung des Klimawandels leisten. Dazu müssen sie nicht zuletzt besser sichtbar werden.

¹ *Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört.* Hanser, München 2018

² https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/fuer_einen_nachhaltigen_finanzmarkt_version_dv_deutsch_5.pdf.

Die SP fordert eine ökologische und soziale Klimapolitik. Investitionen in den Klimaschutz ermöglichen einen Neustart, der unsere Wirtschaft nach der Corona-Krise stärkt. Investitionen machen sie krisenresistenter und klimafreundlicher und schützen künftige Generationen vor zunehmenden Reparatur- und Energiekosten. Klimapolitik schafft soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und ist deshalb für die SP Schweiz von zentraler Bedeutung.

1. SOLIDARISCH AUS DER KRISE

Solidarität und Gemeinsinn schaffen Lösungen, während Eigennutz und übersteigerter Pseudo-Wettbewerb die Krise verschärfen. Der Kampf gegen die Covid-19-Pandemie hat eindrücklich gezeigt, dass wir miteinander weiterkommen als gegeneinander, und dass viele Menschen danach streben, anderen zu helfen. Die grossartige Fähigkeit der Menschen zur Kooperation stellt denn auch den Schlüssel zum Weg aus der aktuellen, globalen Wirtschafts- und Umweltkrise dar.

Primär galt und gilt es, den Verlust von Arbeitsplätzen abzuwenden, welcher durch den Shutdown und den Einbruch der Handelsströme ausgelöst wurde. Die Umstände führten zu grosser finanzieller und sozialer Not. Die SP setzte sich deshalb sofort und an vorderster Front dafür ein, dass die vom Lockdown betroffenen Unternehmen überleben können, und dass Arbeitsplätze und Lohnniveau erhalten blieben. So konnte die wirtschaftspolitisch wichtige Kaufkraft stabilisiert werden. Das haben insbesondere die von der SP dominierten Kantone eindrücklich demonstriert, wo linksgrüne Regierungen besonders entschlossen umfassende Hilfsprogramme für alle Betroffenen organisiert haben.³

Damit ist die Arbeit aber nicht getan. Einerseits ist die Arbeitslosigkeit trotz der staatlichen Massnahmen stark angestiegen, andererseits sind die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. **Nach der Pandemie kann die Gesellschaft nicht einfach zum Alltag zurückkehren.** Die Krisenanfälligkeit der globalisierten Wirtschaft, die enorme, durch die Pandemie noch verschärfte Ungleichheit zwischen den Reichsten und den Ärmsten sowie die rasant fortschreitende Zerstörung unseres Planeten dürfen wir nicht weiter ignorieren. Zahlreiche Gegenden leiden unter Mangel und Verödung, andere ersticken in Überfluss und Verschwendung. **Die alten Wege führen die Menschheit nicht in die Zukunft.**

³ Der Kanton BS zum Beispiel hatte das Liquiditätsproblem der geschlossenen Betriebe gelöst, bevor der Bund dies schaffte. Basel-Stadt hat auch als erster Kanton eine Lösung für die Geschäftsmieten und für Lehrbetriebe. präsentiert. Er hat eine grosszügige Unterstützung für Kulturschaffende beschlossen und die Finanzierung der KITAS sichergestellt. In BS sind drei von sieben Regierungsräten SP-Mitglieder. Das Wirtschafts- und das Finanzdepartement werden von Sozialdemokrat_innen geführt.

2. DIE FOLGEN DER KRISE

2.1 Arme und Mittelstand traf es am härtesten

Wirtschaftskrisen bestrafen vor allem Menschen ohne finanzielle Reserven. Das zeigt auch die Corona-Krise schonungslos auf. Weltweit, so erste Schätzungen von Oxfam⁴, könnte bis zu einer halben Milliarde Menschen durch Corona in Armut gestürzt werden.

In der Schweiz wurden mehr als 1,9 Mio. Personen, also rund 40 % der Beschäftigten, für Kurzarbeit angemeldet. Sie mussten auf bis zu 20 % ihres Einkommens verzichten. Das Pflegepersonal, das schon lange unter schlechten Arbeitsbedingungen leidet, musste teilweise zahllose Überstunden leisten. Das ging vor allem auf Kosten der Frauen, die 86 % der Pflegefachpersonen ausmachen. Betroffen waren auch viele Selbstständigerwerbende, die einen grossen Teil ihres Einkommens einbüssten. Die Hilfsprogramme von – bürgerlich dominierten – Kantonen und dem Bund kamen vielfach zu spät oder zu halbherzig, um Bankrotte abzuwenden. Die Arbeitslosigkeit hat während des Lockdowns um rund 50 % zugenommen und wird sich weiter erhöhen. Die Gesuche um Sozialhilfe haben sich allein in den ersten Wochen nach dem Lockdown vervierfacht. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe rechnet bis ins Jahr 2022 mit 77'000 zusätzlichen Bezüger_innen aufgrund der Corona-Krise.⁵

Besonders hart trifft es Menschen, die keine Aufenthaltsbewilligung haben oder finanziell vom Einkommen anderer Menschen abhängig sind. In vielen Städten standen Menschen Schlange für Nahrungsmittelpakete. Ausgerechnet Frauen, welche mit ihrer oft unbezahlt geleisteten Sorge- und Pflegearbeit die Gesellschaft zusammenhalten, wurden am stärksten von der Krise getroffen.

2.2. Das Versagen des globalen Profitstrebens

Die mangelnde Verfügbarkeit von Pflegepersonal sowie von Tests, Beatmungsgeräten, Narkosemitteln und Schutzmasken hat die Bewältigung der Corona-Krise stark beeinträchtigt. Die globalen Lieferketten waren blockiert. Es gelang nicht, die Mängel rasch zu beheben. Nötige Reserven fehlten. Diese Abhängigkeit von Lieferketten, die sich völlig unserem demokratischen Einfluss entziehen, kostete uns Milliarden.

Das ist nicht zuletzt eine Folge von Privatisierungen und der Pseudo-Marktausrichtung im Gesundheitswesen. Um den Profit zu erhöhen, suchen wettbewerblich ausgerichtete Gesundheitsdienste ebenso wie die Pharmaindustrie nach möglichst ertragreichen Kund_innen und möglichst tiefen Kosten. Sie bauten Kapazitäten und Reserven ab. Das rächt sich in Krisenzeiten. So konnte das Covid-19-Virus in Regionen Italiens, wo das Gesundheitssystem von Privatspitälern getragen wird, viel grösseren Schaden anrichten als in Regionen, wo

⁴ <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/09/coronavirus-could-push-half-a-billion-people-into-poverty-oxfam-warns>.

⁵ <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/der-sozialhilfe-droht-die-grosse-corona-welle-137892740>.

die Gesundheitsversorgung auf öffentliche Infrastruktur mit genügend Gemeindezentren, Pflegepersonal und Hausärzt_innen baut.⁶

Ähnliches beobachten wir seit Jahren im Energiebereich. Die Liberalisierung des europäischen Strommarktes führte zu einem Rückgang der Investitionssicherheit. Die nötigen Kapazitäten und Reserven, um den künftigen Strombedarf jederzeit zu decken, schrumpften, was die Versorgungssicherheit aller gefährdet. Nur dank staatlichen Förderprogrammen und Vorgaben wurde überhaupt in den Ersatz alternder Kraftwerke investiert. Ohne diese würden wir unweigerlich auf eine stetige Zunahme der Stromausfälle in Europa hinsteuern.

Besonders krisenanfällig ist die Versorgung mit den fossilen Energieträgern Kohle, Erdgas und vor allem Erdöl. Die Schweizer Energieversorgung ist wegen der hohen Öl- und Gasimporte zu 75 % auslandabhängig.⁷ Diese Importe ziehen jedes Jahr rund 10 Milliarden Franken aus der Schweiz ab. Die Versorgung mit fossilen Energieträgern wird durch die geopolitischen Interessen der Weltmächte und der Erdölexportländer geprägt. Diese kämpfen mit allen Mitteln um ihre Anteile an diesem Markt. Sie führen Kriege, vertreiben indigene Völker und zerstören Naturreservate, um Ölförderrechte zu sichern.

Schliesslich führt die Verbrennung der fossilen Energieträger zur Klimaerhitzung, welche volkswirtschaftlich immer grössere Schäden anrichtet, das Artensterben befeuert, ganze Landstriche unfruchtbar macht und deren Bewohner_innen zur Flucht zwingt. Für die Schweiz bedeutet das, dass sie immer höhere Kosten für die Reparatur von klimabedingten Naturkatastrophen aufbringen muss und dass ihre Energieversorgung riesige Preisschwankungen oder – wie in den Ölkrisen der 1970er Jahre – Lieferengpässen ausgesetzt ist.

Ein radikaler Rückzug hinter die Landesgrenzen ist aber nicht die Antwort auf den globalen Kampf um Profite. Auch das hat die Corona-Krise gezeigt. Grenzschiessungen und Ausfuhrverbote haben grenzüberschreitende Regionen auseinandergerissen und die Versorgungsprobleme noch verschärft. Die Antwort ist vielmehr die Stärkung und Demokratisierung nachbarschaftlicher oder regionaler Infrastruktur zur Deckung des Grundbedarfs und zur Sicherstellung lebenswichtiger Güter und Dienstleistungen. Wenn diese Infrastruktur im Besitz der öffentlichen Hand ist, kann die Bevölkerung demokratisch auf deren Ausgestaltung einwirken, kann beschliessen, Lager anzulegen, kann Löhne und Arbeitsbedingungen beeinflussen und lokale Produktionsstrukturen stärken. Vor allem aber fliessen die Profite in guten Zeiten an die Gemeinschaft, die in schlechten Zeiten ohnehin die Risiken decken muss. Das alles macht die Wirtschaft krisenresistenter und ermöglicht den Menschen, bei der Entwicklung der Wirtschaft demokratisch mitzubestimmen und selber wirtschaftlich zu profitieren, statt die Gewinne privater Eigentümer_innen zu finanzieren. Bei jeder Investition muss deshalb mitgedacht werden, wie mehr Mitbestimmung der Bevölkerung im jeweiligen Bereich möglich ist.

Die Lieferketten der wichtigsten Energiequellen Erdöl und Gas sind heute unzuverlässig und krisenanfällig. Die SP will die schweizerische Energieversorgung umbauen, sie auf einheimische erneuerbare Energiequellen abstützen und dafür sorgen, dass die Netze und die

⁶ <https://www.ilpost.it/2020/05/07/two-months-that-shook-lombardy-to-the-core-coronavirus/>.

⁷ Gesamtenergiestatistik 2018, BFE 2019.

grossen Kraftwerke im Besitz der öffentlichen Hand bleiben. So können wir unabhängig und demokratisch über deren Weiterentwicklung entscheiden und sicherstellen, dass die Profite der Energiewirtschaft an die Allgemeinheit fließen.

3. ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT

Die Versorgung der Menschheit muss sich auf künftige Krisen vorbereiten und die ökologischen Grenzen respektieren. Wir brauchen eine Wirtschaft des Gedeihens⁸ statt des blinden Wachstums. Die Wirtschaft soll nicht die Profitgier von Wenigen befriedigen, sondern allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen. Die Wirtschaftsentwicklung soll sich nicht in erster Linie am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts messen, sondern daran, ob sie die Bedürfnisse der Menschen nach Lebensmitteln, Wohnen, Energie, Bildung und Geborgenheit befriedigt, soziale und Geschlechtergerechtigkeit herstellt und die natürlichen Ressourcen für künftige Generationen sichert. Die Schweiz trägt erheblich zur Verwüstung des Planeten bei. Ihre Bevölkerung braucht fast dreimal so viele natürliche Ressourcen, als die Erde eigentlich hergibt.⁹ Und der Schweizer Finanzplatz, der mehr private Vermögen verwaltet als alle anderen Finanzplätze, unterstützt mit seiner Anlage- und Kreditstrategie eine Erderwärmung von vier bis sechs Grad! Der Schweizer Beitrag zur Stabilisierung des Weltklimas ist ungenügend. Werden die Anstrengungen nicht stark beschleunigt, wird die Schweiz vor 2050 nicht klimaneutral sein. Das muss sich nun endlich ändern.

Die SP hat in ihrem Positionsbezug «Unsere Wirtschaft»¹⁰ zahlreiche Vorschläge gemacht, damit die Produktivitätsgewinne wieder allen Menschen und der Umwelt zu Gute kommen statt immer weniger Kapitaleignern. Nur so können die arbeitende Bevölkerung und die Natur entlastet, die Demokratie gefördert sowie Ausbeutung und Verschwendung verhindert werden.

Jetzt gilt es, Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen. Damit eine geschwächte Wirtschaft wieder angekurbelt und gleichzeitig nachhaltiger werden kann, muss die Politik ihre Prioritäten verschieben. Folgende Bereiche will die SP stärken:

- Eigene essentielle Infrastrukturen und Care-Wirtschaft gegenüber Wettbewerb,
- durchdachte Lagerhaltung gegenüber *just-in-time*-Lieferketten,
- Demokratie gegenüber Konzernmacht,
- lokale Produktion gegenüber global verzweigten Handelsketten,
- Kreislaufwirtschaft gegenüber Raubbau,
- erneuerbare gegenüber fossilen Energieträgern,
- Lebensqualität gegenüber BIP-Wachstum.

⁸ *Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört.* Hanser, München 2018.

⁹ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/nachhaltige-entwicklung/weitere-indikatoren-achhaltige-entwicklung/oekologischer-fussabdruck.html>.

¹⁰ https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/unsere_wirtschaft_def_d_0.pdf.

Gezielte Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz erfüllen diese Kriterien. Sie beleben das lokale Gewerbe mit regionalen Infrastrukturprojekten wie Wärmeverbänden sowie Kraft- und Speicherwerken. Sie machen unser Land gleichzeitig krisenresistenter und klimaverträglicher. Und sie sind nötig, damit die Schweiz ihre internationalen Verpflichtungen einhalten kann, welche sie mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens eingegangen ist.

Die SP fordert schon seit über 40 Jahren den Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung. Die Probleme mit der fossilen Energieversorgung haben sich seither stark verschärft, das Klimaproblem ist inzwischen akut und die Alternativenenergien sind längst konkurrenzfähig geworden. Die Investitionen für die Energiewende sind so dringlich, dass sie zwingender Bestandteil eines Neustarts nach der Corona-Krise sein müssen.

Die Energiewende ist ohne Frage zwingend und in jeder Beziehung gewinnbringend. Künftige Generationen und der Wirtschaftsstandort werden davon profitieren, denn Investitionen für den Klimaschutz senken nicht nur die globalen Reparaturkosten der Klimaerhitzung. Sie senken auch die Kosten der Energieversorgung, denn die Grenzkosten (Kosten einer zusätzlich produzierten Einheit) sind in aller Regel viel tiefer, wenn Licht, Wärme, Kälte, Mobilität oder Produktionsmaschinen mit Solar-, Wind-, oder Wasserkraft statt mit importierten fossilen Rohstoffen erzeugt bzw. betrieben werden.

4. GROSSER HANDLUNGSBEDARF

4.1. Klimaschutz

Die Schweiz müsste bis 2050 klimaneutral werden, um das Klimaabkommen von Paris zu erfüllen. Damit die Erdtemperatur nicht ausser Kontrolle gerät, darf die Welt in der zweiten Jahrhunderthälfte fast keine fossilen Treibstoffe mehr verbrennen. Die Schweiz ist heute weit davon entfernt, den notwendigen Beitrag dazu zu leisten.

In rund 60 % der Schweizer Wohngebäude steht immer noch eine Öl- oder Gasheizung. Bis 2050 müssen 900'000 fossile Heizungen ersetzt werden, 30'000 pro Jahr. 2018 wurden stattdessen rund 23'000 fossile Heizungen wieder durch fossile Heizungen ersetzt. Und weniger als die Hälfte dieser Hausbesitzenden hat überhaupt eine erneuerbare Alternative geprüft.¹¹ Der Marktanteil der Elektroautos liegt immer noch unter 2 %. Auch beim Zubau von Solar- und Windenergie in Europa liegt die Schweiz auf einem der hintersten Ränge.¹² Und beim Fliegen sind wir das ökologische Schlusslicht. Kein Land stösst pro Kopf mehr CO₂ durch Flugverkehr aus als die Schweiz.¹³

¹¹ <https://www.energieschweiz.ch/page/de-ch/erneuerbarheizen>.

¹² https://www.energiestiftung.ch/files/energiestiftung/fliesstextbilder/Studien/Laendervergleich%202020/ses20_laendervergleich20.pdf.

4.2. Biodiversität

Auch im Bereich Biodiversität ist der Investitionsbedarf gross. 36 % der Tier- und Pflanzenarten in der Schweiz stehen auf der roten Liste der gefährdeten Arten. Weitere 10 % sind potenziell gefährdet. Das sind traurige Spitzenwerte im europäischen Vergleich. Laut der Wirkungskontrolle von Biotopschutz Schweiz gehen laufend enorme Naturwerte verloren, weil der Biotopschutz völlig vernachlässigt wird. Selbst Biotope von nationaler Bedeutung werden nicht genügend gepflegt. Bei der Mehrheit der Objekte ist die Frist für die Umsetzung von Schutz und Unterhalt schon abgelaufen, in manchen Fällen schon seit über 10 Jahren. Wenn Hoch- oder Flachmoore degradieren, entweichen erhebliche Mengen an Treibhausgasen in die Atmosphäre. Der Bund hat zwar einen Aktionsplan Biodiversität erlassen, macht aber die Mittel zu dessen Umsetzung nicht frei.

4.3. Investitionsvolumen

Leider ist die pionierhafte Investitionsfreudigkeit früherer Jahrzehnte verblasst. Die Investitionen in die Infrastruktur (Verkehr, Gesundheitswesen, Bildung usw.) sind in der Schweiz, gemessen am Bruttoinlandprodukt, nur etwa halb so gross wie der Durchschnitt aller Länder.¹⁴ Misst man diese Investitionen an den gesamten Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden, ist der Anteil der staatlichen Bruttoinvestitionen in den letzten zwei Jahrzehnten gesunken. Was bleibt, geht vor allem in die Erneuerung und den Unterhalt der Infrastruktur. Nur ein bis zwei Milliarden wurden jährlich für tatsächliche Neuinvestitionen aufgewendet, haben also das Volksvermögen vermehrt. Das ist bedeutend weniger als in den 1990er Jahren. In der gleichen Zeit erhöhten sich in der Schweiz die Privatvermögen um etwa 130 Milliarden pro Jahr. Das Privatvermögen wuchs damit rund hundertmal schneller als das Volksvermögen.¹⁵

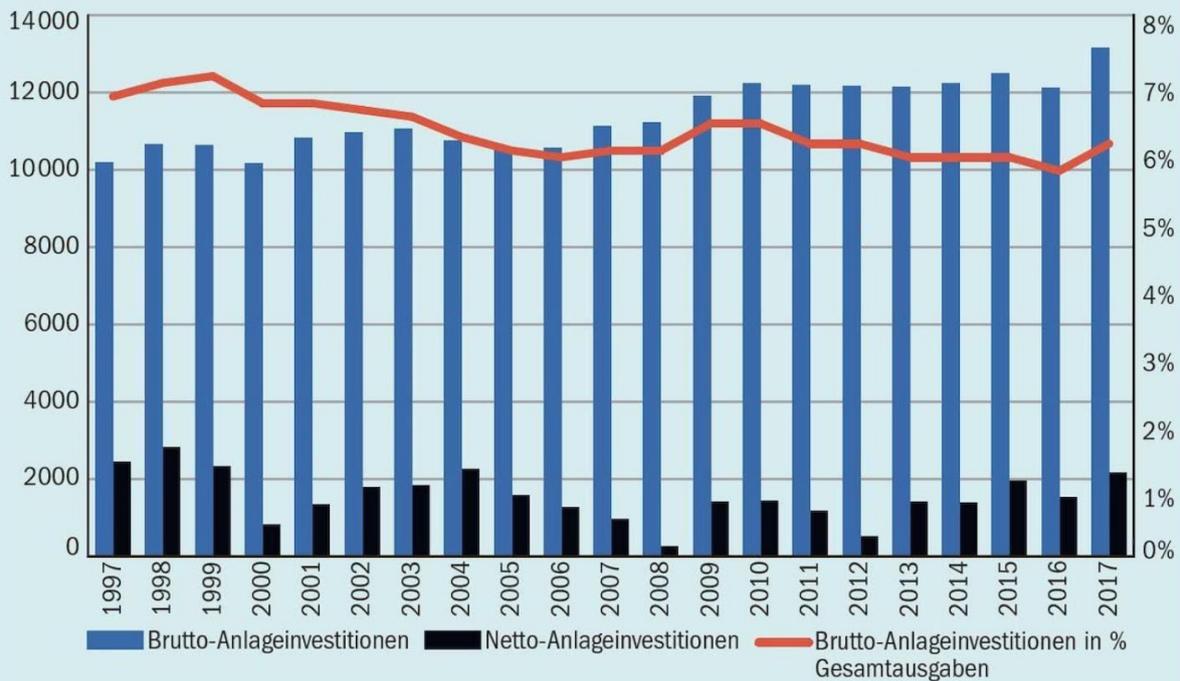
Dabei gäbe es viel zu tun: Die OECD empfiehlt der Schweiz, vor allem in jenen Bereichen mehr zu investieren, wo grosse Herausforderungen auf uns zukommen: Bewältigung der Klimawende, Alterung der Bevölkerung, Bildung und Kinderbetreuung. Ein OECD-Bericht¹⁶ weist auch darauf hin, dass höhere öffentliche Investitionen einen nützlichen Nebeneffekt auf die Geldpolitik haben. Davon ausgehend, dass ein Teil des Aufwertungsdruckes des Schweizer Frankens durch die hohen Leistungsbilanzüberschüsse verursacht wird, können vermehrte öffentliche Investitionen zur Ankurbelung der Binnenwirtschaft dazu beitragen, diese Überschüsse zu verringern und der Aufwertung des Frankens entgegenzuwirken.

¹⁵ <https://baumannoeconomics.ch/2019/12/14/klimawende-verlangt-mehr-staatliche-investitionen/>.

¹⁶ OECD Economic Surveys Switzerland, November 2019, Overview, S. 27.

Öffentliche Investitionen in der Schweiz

(Bund, Kantone, Gemeinden, in Mio. Fr.)



(Quelle: Eidg. Finanzverwaltung, Finanzstatistik der Schweiz, Div. Jahrgänge)

Die Schweiz tut viel zu wenig, um die natürlichen Ressourcen und die Biodiversität zu erhalten und das Klima zu stabilisieren. Sie hat ihre Vorreiterrolle im Umweltschutz abgegeben und hinkt den Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung weit hinterher. Der neoliberale Glaube der rechten Parteien, dass der Markt es schon richten werde, hat zu einer fatalen Investitions- und Innovationsfaulheit geführt, welche künftige Generationen schaden wird. Die SP fordert, dass die verlorenen Jahre aufgeholt werden und der grosse Erneuerungsbedarf im Bereich der energetischen Infrastruktur nun endlich entschlossen gedeckt wird.

5. INFRASTRUKTUR ALS ERFOLGSREZEPT

Die Schweiz hat bereits bewiesen, dass sie Umweltprobleme mit grossen Investitionen entschlossen lösen kann. Noch im letzten Jahrhundert war sie Vorreiterin in Sachen Umweltschutz. Das Gewässerschutzgesetz von 1972 zum Beispiel verlangte, dass alle verunreinigenden Einleitungen bis 1987 an eine Abwasserreinigungsanlagen angeschlossen werden müssen. 1992 hatte die Schweiz dieses Ziel erreicht. Bund, Kantone und Gemeinden hatten rund 35 Milliarden Franken in die Abwasserreinigung investiert. Um die nötigen Investitionen auszulösen, unterstützte der Bund die Gemeinden mit Subventionen. Deshalb können wir heute in den Schweizer Flüssen wieder baden und die ganze Welt beneidet uns darum. Heute bereut diese Investitionen niemand mehr. Auch die damaligen Gegner_innen nicht.

Ähnlich entschlossen ging der Bund beim Aufbau des Bahnnetzes und der Schaffung der SBB vor. Auch der Bau der Wasserkraftwerke und des Stromnetzes waren grosse Gemeinschaftswerke der öffentlichen Hand, von denen wir alle bis heute profitieren. Die Schweiz

wird weltweit für ihren öffentlichen Verkehr und die Kraftwerke bewundert – zu Recht. Das hervorragend funktionierende Bahnnetz und die leistungsstarke, von fossilen Brennstoffen unabhängigen Stromversorgung hat wesentlich zu unserem wirtschaftlichen Erfolg beigetragen. Möglich war das, weil die Politik die Zukunft des Landes nicht privaten Investoren aus dem In- und Ausland überlassen wollte, sondern sie selbst in die Hand nahm. Mit grossem Pioniergeist und Gestaltungswillen plante und finanzierte sie die Infrastruktur und behielt sie unter Kontrolle der öffentlichen Hand. Demokratisch und selbstbestimmt stellte sich die Schweiz zu Beginn des letzten Jahrhunderts den Herausforderungen der Zukunft. Das war ihr Erfolgsrezept. Wenn sie darauf baut, kann die Schweiz auch den Fossilausstieg meistern. Sie kann ihre Mobilität, ihre Wärmeversorgung und ihre Wirtschaft mit eigener erneuerbarer Energie betreiben. Die Technik dazu ist vorhanden. Es braucht aber grosse Investitionen in den Umbau und vor allem den politischen Willen dazu.

In Österreich und Deutschland sind über hundert Gemeinden und Regionen energieautark oder stehen kurz davor. Sie versorgen sich selbst mit Strom und Wärme aus heimischer erneuerbarer Energie. Die Netze und Kraftwerke werden als Gemeinschaftsanlagen geplant und finanziert. Sie sind im Besitz der Bevölkerung, welche demokratisch darüber bestimmen kann. Die Wertschöpfung bleibt im Dorf. In der Schweiz steht diese Entwicklung noch ganz am Anfang. Es wird Zeit, dass die Schweiz sich an ihre lange Tradition der Allmenden, Kooperationen und Genossenschaften besinnt.

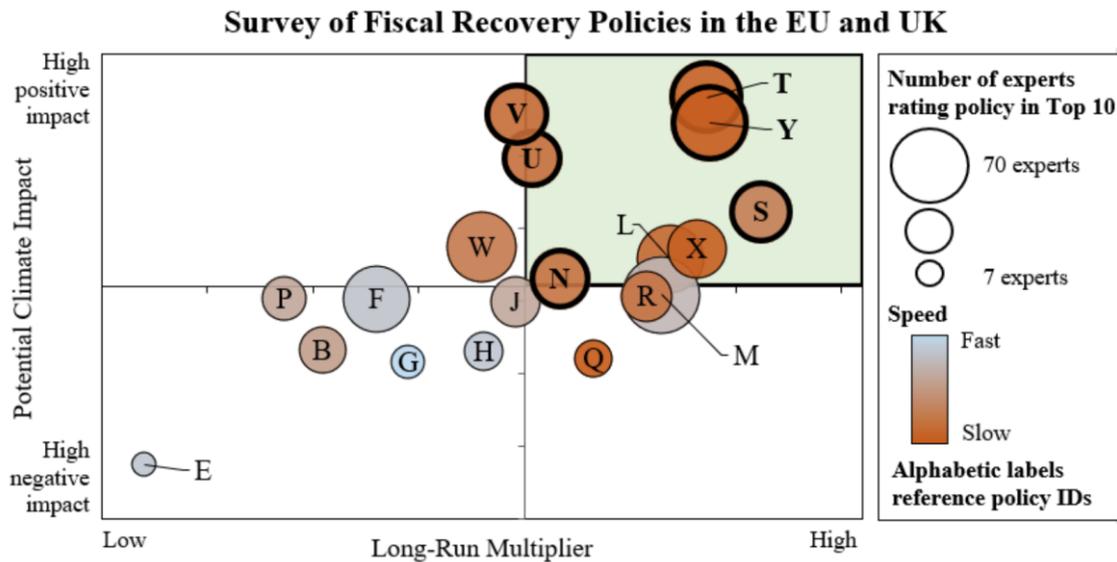
Öffentlich finanzierte, demokratisch kontrollierte Gemeinschaftswerke haben entscheidend zum Wohl unseres Landes beigetragen. Dieses Volksvermögen bildet heute eine wichtige Säule unseres Wohlstandes. Wenn wir mit dem Pioniergeist früherer Generationen die Energiewende angehen und entschlossen in den Umbau der Infrastruktur investieren, werden auch wir künftigen Generationen ein wertvolles Vermächtnis hinterlassen.

6. KLIMAFREUNDLICHE KONJUNKTURPROGRAMME

Staatliche Rettungsprogramme können sehr wirksam sein. Darüber sind sich die Ökonomen_innen einig. Selbst die Sparnation Deutschland hat 130 Milliarden Euro für ein Konjunkturpaket gesprochen. Wird der Steuerfranken richtig eingesetzt, kommt er im besten Fall mehrfach zurück. Das gilt aber längst nicht für alle Rettungsprogramme. Deshalb hat die Oxford University 230 führende Ökonomeninnen und Ökonomen aus aller Welt eingeladen, die Nachhaltigkeit staatlicher Interventionsmassnahmen zur Behebung der Corona-Krise zu beurteilen. Das Resultat¹⁷ spricht eine klare Sprache: Weltweit, aber insbesondere in Europa, schneiden Investitionen in erneuerbare Energieinfrastruktur sowie in Forschung und Entwicklung im Bereich Cleantech am besten ab. Sie sind sowohl aus ökonomischer als auch aus Klimasicht am wirksamsten und nachhaltigsten.

¹⁷ Cameron Hepburn, Viron O'Callaghan, Nicholas Stern, Joseph Stiglitz and Dimitri Zenghelis (2020): Will Covid-19 fiscal recovery packages accelerate or retard progress on climate change? Oxford 4. Mai 2020

Ebenfalls als wirtschaftlich werden Investitionen in das Gesundheits- und Bildungswesen beurteilt. Ihnen wird aber keine Wirkung auf den Klimaschutz zugeschrieben. Schlechter schneiden Steuersenkungen ab. Ihr volkswirtschaftlicher Nutzen ist umstritten. Auf das Klima wirken sie eher negativ. Mit Abstand am schlechtesten schneidet die bedingungslose Rettung von Fluggesellschaften ab.



B Assisted bankruptcy (super Chapter 11)	Q Traditional transport infrastructure investment
E Airline bailouts	R Project-based local infrastructure grants
F Not for profits, education, research, health inst. bailouts	S Connectivity infrastructure investment
G Reduction in VAT and other goods and services taxes	T Clean energy infrastructure investment
H Income tax cuts	U Buildings upgrades (energy efficiency)
J Business tax relief for strategic and structural adj.	V Green spaces and natural infrastructure investment
L Education investment	W Disaster preparedness, capacity building
M Healthcare investment	X General R&D spending
N Worker retraining	Y Clean R&D spending
P Rural support policies	

Results of April 2020 survey for respondents in the European Union and the United Kingdom. Graph axes re-scaled for easy viewing.

Zu einem ähnlichen Resultat kommt eine ebenfalls neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Dabei wurden die Konjunkturprogramme, die nach der Finanzkrise der Jahre 2008/2009 aufgelegt worden waren, genauer untersucht. Auch damals wurden in den Industrienationen Konjunkturpakete beschlossen, die zum Teil klimafreundliche Maßnahmen umfassten. Die Erfahrungen zeigten, dass ökologische Komponenten die Grundanforderungen an Konjunkturprogramme sehr gut erfüllten. Klimaorientierte Konjunkturpolitik führe, so die Studie, nicht nur kurzfristig zu Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätzen, sondern schaffe auch die Grundlage für langfristige Innovationen und eine klimafreundliche wirtschaftliche Entwicklung.¹⁸

Die SP fordert, dass der Bund den Klimaschutz nach der Krise nicht etwa zurückstellt, sondern beschleunigt und bereits geplante Investitionen vorzieht, welche rasch realisiert werden

¹⁸ Mats Köger, Sun Xi, Olga Chiappinelli, Marius Clemens, Nils Mai, Karsten Neuhoff, Jörn Richstein. Green New Deal nach Corona: Was wir aus der Finanzkrise lernen können. Berlin Mai 2020

können. Dazu gehören der Zubau von Solarenergie und elektrischer Lade- und Speicherlösungen, die Sanierung von Gebäuden und Produktionsprozessen, die Revitalisierung von Naturschutzgebieten, die landwirtschaftliche Förderung von Kohlestoff speichernder Bodenbewirtschaftung und von Fleischersatz sowie die Unterstützung von Forschungs- und Jungunternehmen, welche ökologische Geschäftsmodelle vorantreiben.

7. DIE KOSTEN DES UMBAUS

Nach vierzig Jahren Kampf für die Energiewende hat sich das Blatt gewendet. Die fossile Industrie ist angezählt.¹⁹ Die Automobilherstellung und die Wärmeversorgung stellen in einem Tempo auf elektrische Lösungen und generell auf erneuerbare Energie um, wie wir uns das vor wenigen Jahren nicht vorstellen konnten. Die Kosten für Solarpanels, Wärmepumpen, Speicherlösungen oder Elektromobile fallen rasant. Wenn erneuerbare Energien eine bestimmte Marktdurchdringung erreicht haben, ist der Kollaps der fossilen Konzerne unausweichlich. Auch deshalb muss die Politik rasch intervenieren. Es gilt, den Menschen rechtzeitig Alternativen zur fossilen Wärme und Mobilität anzubieten und sicherzustellen, dass unser Land nicht auf fossilen Fehlinvestitionen sitzen bleibt. **Aus ökonomischen ebenso wie aus ökologischen Gründen ist die Energiewende dringlich.** Der Übergang zu einer kohlenstofffreien Wirtschaft muss rasch geschehen, und er muss von der öffentlichen Hand wie auch mit privaten Investitionen finanziert werden.

Im Jahr 2006 rechnete der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Sir Nicolas Stern, in seinem bahnbrechenden Report vor, dass sich der Klimawandel stoppen liesse, wenn die Welt etwa ein Prozent des globalen BIP für die Energiewende aufwenden würde.²⁰ Heute, ein verlorenes Jahrzehnt später, geht er davon aus, dass bereits zwei Prozent des BIP dafür nötig wären. Das entspricht ca. 1.7 Billionen Dollar. Zum Vergleich: 2018 erwirtschafteten die börsenkotierten Gesellschaften dieser Welt zusammen einen Gewinn, der mehr als doppelt so hoch war, nämlich 4.1 Billionen Dollar (gemäss Angaben des IWF). Sie schütteten 1.1 Billionen davon in Form von Dividenden aus.

Gemäss einer Übersicht der internationalen Energieagentur (IEA) hat allein die globale Energiewirtschaft jährlich 1.85 Billionen investiert, genug also, um gemäss Stern das Problem zu lösen. Sie hat aber nur einen Viertel der Investitionen in erneuerbare Ressourcen und drei Viertel in fossile Projekte gesteckt. Statt das Problem zu lösen, vergrösserte sie es weiter. Immer noch suchen die fossilen Konzerne systematisch nach neuen Lagerstätten. Sie bauen Gas- und Ölpipelines, welche nur rentieren, wenn sie die Klimakrise weiter beschleunigen. **Denn schon heute fassen die Lagerstätten rund fünfmal mehr Brennstoffe, als die Menschheit noch verbrennen darf, wenn sie die Stabilisierung der Erdtemperatur erreichen will.** Es gibt also schon heute eine Kohlenstoffblase. Trotzdem wird weiter in fossile Energien investiert.

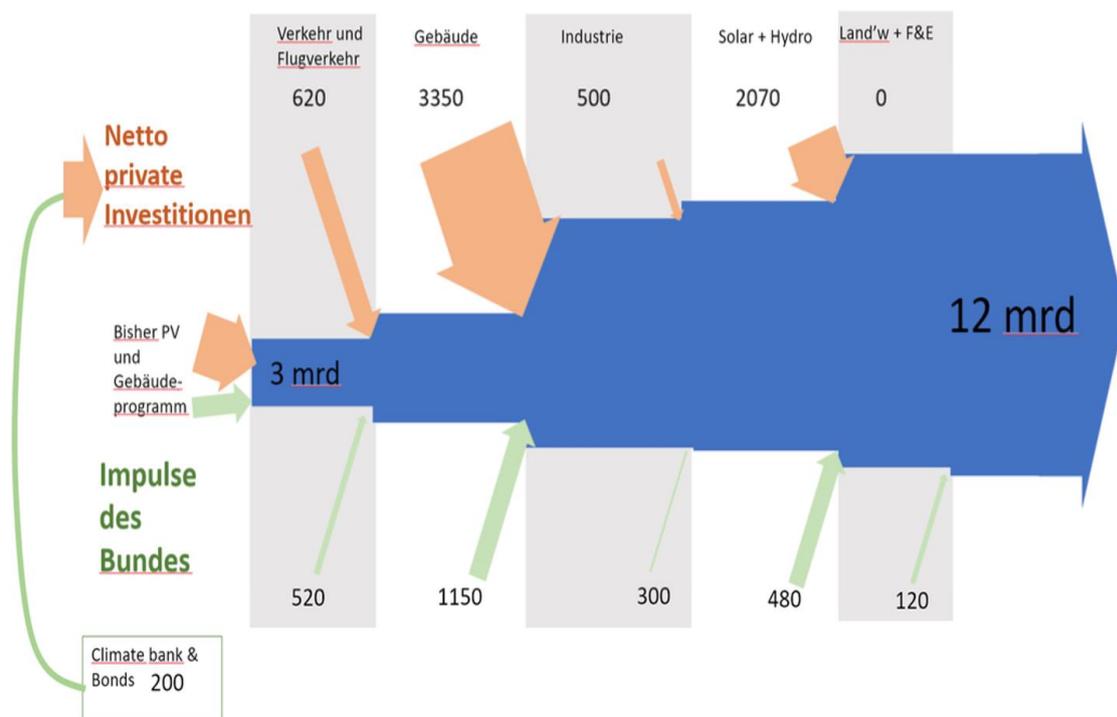
¹⁹ Jeremy Rifkin 2019: Der globale Green New Deal – Warum die fossil befeuerte Zivilisation um 2028 kollabiert – und ein kühner ökonomischer Plan das Leben auf der Erde retten kann. Campus Verlag

²⁰ Economics of Climate Change The Stern Review, Cambridge Press, 2006

Die globalen Energiekonzerne und ihre Investoren sind offenbar weder willens noch fähig, das Klima zu stabilisieren. Die Finanzflüsse tragen aktiv zur Zerstörung des Planeten bei, statt sie zu verhindern. Die Politik muss deshalb dafür sorgen, dass kein Geld mehr an fossile Konzerne fließt und dass die Schweiz keine auf Öl, Gas oder Kohle basierte Infrastruktur mehr baut oder unterstützt, welche sie von solchen Konzernen abhängig macht.

2 % des BIP würde für die Schweiz (bzw. Bund, Kantone und Private) heissen, dass sie rund 14 Milliarden jährlich investieren müsste. Eine ausführliche, vom Verein Energie-Wende-Ja und Greenpeace in Auftrag gegebene Studie schätzt, dass der Bund 1.8 bis 1.9 Milliarden Franken pro Jahr für ein Impulsprogramm ausgeben müsste, damit die Investitionen ausgelöst werden, die nötig sind, damit die Schweiz bis 2050 klimaneutral ist und den dafür nötigen Strom selber produzieren kann.²¹ Die Autor_innen schätzen, dass der Bund damit knapp 50'000 Arbeitsplätze schaffen könnte.

Die SP hat im Sommer 2019 mit dem Marshallplan für das Klima²² ein Investitionsprogramm gefordert, das die bisherigen Bestrebungen zur Gebäudesanierung in etwa vervierfacht und bei Photovoltaik und Stromspeicheranlagen versechsfacht. Wir gehen davon aus, dass dafür jährlich etwa 3 Milliarden Franken an Bundesmitteln nötig wären. Diese würden rund 12 Milliarden öffentlicher wie auch privater Investitionen auslösen und zusammen mit Innovation und Produktivitätsgewinnen die Schweiz deutlich vor 2050 klimaneutral machen sowie gleichzeitig die Energiekosten senken.



²¹ Ruedi Maier, Walter Angst (2020) Covid-19 Klimakrise Impulsprogramm 2020/2030 Für Beschäftigung Nachhaltige Entwicklung, Energie-Wende-Ja, Greenpeace.

²² <https://www.sp-ps.ch/de/publikationen/medienkonferenzen/weg-vom-ol-klima-marshallplan-fur-die-energie-wende>.

Zum Vergleich: 2 % des BIP hat die Schweiz in den Nachkriegsjahrzehnten aufgewendet, um ihre Elektrizitätsversorgung aufzubauen. Drei Milliarden sind nur dreimal mehr als die jährlichen Aufwendungen des Bundes für den Bau der NEAT. Die Investitionen in den Klimaschutz sind ökonomisch wie auch ökologisch sinnvoll, denn sie befreien uns von Erdöl und Gas, deren Import je nach Preisen rund fünf bis vierzehn Milliarden Franken pro Jahr kosten.

Die Schweiz hat selber keine nutzbaren Öl- oder Gasvorkommen, aber einen gut ausgebauten Wasserkraftpark und ein ausreichendes Ausbaupotential für erneuerbare Energien. Sie verfügt über geballtes Know-how, herausragende Forschungsinstitute und viele Startups im Bereich Cleantech. Und schliesslich hat sie kerngesunde Bundesfinanzen, welche die Umsetzung dieser Aufgabe ohne Abstriche zulassen. Es gibt keinen Grund, mit den Investitionen zuzuwarten.

8. DER GREEN NEW DEAL DER EU

Andere Länder gehen in der Klimafrage viel entschlossener voran. So hat die EU die grosse Bedeutung von Investitionen für die Energiewende erkannt und misst dem Klimaschutz höchste Priorität zu. Sie will bis 2050 klimaneutral sein und hat die Treibhausgasemissionen seit 1990 um einen Viertel gesenkt, deutlich stärker als die Schweiz. Im nächsten Jahrzehnt will sie etwa 1 Billion für nachhaltige Investitionen mobilisieren. Im Zeitraum 2021–2027 will sie jährlich mindestens 100 Milliarden Euro zum Schutz des Klimas und der Biodiversität beitragen und erwartet von ihren Mitgliedsländern weitere Milliarden. Der europäische Green New Deal²³ umfasst einen Fahrplan mit konkreten Massnahmen. Er zeigt auf, welche Investitionen erforderlich sind, wie diese finanziert werden können und wie ein gerechter und inklusiver Übergang gelingen kann.

Die Massnahmen beinhalten:

- Investitionen in neue, umweltfreundliche Technologien,
- Unterstützung der Industrie bei Innovationen,
- Einführung umweltfreundlicherer und kostengünstigerer Formen des privaten und öffentlichen Verkehrs,
- Dekarbonisierung des Energiesektors,
- Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden,
- Zusammenarbeit mit internationalen Partnern zur Verbesserung weltweiter Umweltnormen.

Das ist aber nicht alles. Zur Ankurbelung der durch die Corona-Pandemie stark beschädigten Wirtschaft will die EU-Kommission zusätzlich zum Green Deal ein Recovery-Programm aufgleisen. Das EU-Budget soll 2021-2027 um 1100 Milliarden aufgestockt werden, damit

²³ https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_en

unter anderem Investitionen, die an Klimaschutzkriterien geknüpft sind, finanziert werden können.²⁴

9. ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Arbeitslosigkeit ist krisenbedingt um 50 % angestiegen. Verschiedene Prognosen rechnen mit einer weiteren Verschlechterung der Beschäftigungslage und damit, dass die Arbeitslosigkeit nur langsam wieder sinken wird. Das zeigt sich auch am rasanten Rückgang der ausgeschriebenen Stellen zwischen dem 9. März und dem 11. Mai 2020.²⁵ Allein in diesem Zeitraum wurden 15'000 Stellen weniger angeboten. Der Rückgang zeigt sich zwar vor allem im Bereich Gastronomie und Hotellerie (-50 %). Aber er trifft auch andere Branchen heftig. Dazu gehören die Bauwirtschaft (-11 %) die Elektro- und Medizinaltechnik (-25 %), die Informatik (-18 %), die Energieversorgung (-9 %) oder der Maschinenbau (-26 %).

Erhebliche Jobverluste drohen in der Automobilzulieferindustrie (34'000 Stellen in der Schweiz) und im Bereich der Autogaragen (90'000 Angestellte). Elektroautos werden immer günstiger. Expert_innen schätzen, dass der Break-even-Punkt in wenigen Jahren erreicht ist: Elektroautos sind dann gleich teuer wie fossilbetriebene Autos und in einem Jahrzehnt bereits deutlich günstiger. So werden Verbrennungsfahrzeuge rasch verdrängt werden. Weil Elektromotoren viel weniger reparaturanfällig sind, weniger Wartung und Ersatzteile benötigen, werden Tausende von Garagisten und Ersatzteillieferantinnen ihre Stelle verlieren. Ähnlich sieht es bei Heizungsmonteuren aus, die auf Öl- und Gasheizungen spezialisiert sind, welche in raschem Tempo durch Wärmepumpen ersetzt werden. Für diese Leute braucht es neue Jobs in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz und entsprechende Umschulungen.

Staatliche Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz hat positive gesamtwirtschaftliche Effekte²⁶, weil fossile Importe durch Inlandproduktion ersetzt werden können und die Wertschöpfung im Inland steigt. Das Vorziehen von Investitionen für den Klimaschutz schafft rasch neue, zukunftsfähige Jobs. Deshalb werden auch weltweit Rettungsprogramme für die Wirtschaft aufgelegt. Wie die EU verbinden viele Staaten diese Programme mit den Klimazielen. McKinsey²⁷ schätzt, dass mit 75 bis 150 Milliarden Kapital die CO₂-Emissionen europaweit bis 2030 um 15 bis 30 % zusätzlich gesenkt werden, und bis zu 3 Millionen neuer Jobs geschaffen werden können. Der Umstieg auf erneuerbare Lösungen schafft etwa fünfmal mehr Jobs als wenn die fossilen Systeme unterstützt werden. Staatliche Investitionsanreize, welche CO₂ mindern, lohnen sich. Die Bruttowertschöpfung wächst. Das heisst, der vom Staat eingesetzte Franken wird mehrfach zurückbezahlt. Investitionen in Ladeinfrastruktur multiplizieren die Bruttowertschöpfung 1.9-mal, in Gebäudesanierungen

²⁴ <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/konjunkturprogramm-eu-von-der-leyen-will-corona-wiederaufbau-zuegig-starten-li.83488>

²⁵ <https://www.srf.ch/news/wirtschaft/arbeitsmarkt-in-der-krise-viel-weniger-offene-stellen-wegen-coronakrise>

²⁶ Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (2018): Gesamtwirtschaftliche Effekte der Energiewende. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

²⁷ McKinsey & Company (27. Mai 2020): How a post-pandemic stimulus can both create jobs and help the climate

2.2-mal, in die Beschleunigung von Solar- oder Windstromzubau und in Stromspeicherung gar 3.4-mal.

Eine höhere Wertschöpfung hat eine positive Beschäftigungswirkung auf alle Branchen. Natürlich werden aber vor allem im Bau-, Installations- und Elektrogewerbe Stellen geschaffen werden. Die Dachorganisationen der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz sagen, dass allein der Umbau der Wärmeversorgung rund 4'000 neue Stellen in der Schweiz schaffen wird.²⁸ Gemäss Energiekostenmodell „Kraftwerk Schweiz“ von ETH-Professor Anton Gunzinger, werden die Energiekosten für die Schweiz rasch sinken und bis 2050 rund 50'000 Jobs entstehen, wenn jährlich 10 % statt nur 2 % der Leute auf E-Mobilität umsteigen und die Gebäudesanierungsrate von einem auf 4 Prozent wächst. Die Studie von Ruedi Meier und Walter Ott²⁹ schätzt ebenfalls rund 50'000 Jobs, die entstehen könnten, wenn ein Covid-19-Rettungsprogramm die Energiewende beschleunigt.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen muss allen zugutekommen. Heute sind Arbeitsplätze im Energiesektor oder in der Gebäudetechnik vor allem Arbeitsplätze für Männer. Gerade im technischen Bereich ist es wichtig, auch Mädchen und Frauen stärker anzusprechen: Die Investitionen in den ökologischen Umbau müssen allen Geschlechtern zugutekommen. Mehr Diversität führt auch zu mehr Innovation, da unterschiedliche Menschen Situationen unterschiedlich wahrnehmen und davon ausgehend zahlreiche verschiedene Lösungen entwickeln.

10. DIE FINANZIERUNG DER ÖFFENTLICHEN INVESTITIONEN

Die SP will, dass der Neustart sozialverträglich finanziert wird. Wir wehren uns dagegen, dass die Mittelschicht und die sozial Schwachen wieder zur Kasse gebeten werden, während andere ihre Kapitalgewinne steigern. Wir werden nicht zulassen, dass die von der Krise am stärksten betroffenen Menschen nun auch noch die Kosten der Corona-Hilfsprogramme oder die nötigen Investitionen für den Neustart bezahlen müssen.

10.1. Keine Abbaupakete

Abbaupakete respektive Kostensenkungspakete – von den Bürgerlichen gerne auch „Sparpakete“ genannt – sind in Krisenzeiten volkswirtschaftlicher Nonsens. Das wissen und sagen alle Volkswirtschaftler_innen. Sie verschärfen die Krise und schwächen das durch den Lockdown gebeutelte Gewerbe gleich nochmals. Denn die öffentliche Hand gehört zu den grössten Kunden der hiesigen KMU. Auch die Kürzung von Löhnen, Prämienverbilligungen, Renten oder Sozialhilfen badet letztlich das Gewerbe aus, weil solche Kürzungen die Kaufkraft von Menschen senken, die sich zu grossen Teilen beim lokalen Gewerbe eindecken. Gerade kleine Betriebe leben von der Inlandnachfrage. Zudem ist der Binnenkonsum mit einem

²⁸ <https://aeesuisse.ch/de/news/die-waermewende-ist-machbar>.

²⁹ Ruedi Meier, Walter Ott (2020) Covid 19 Klimakrise Impulsprogramm 2020/2030 Für Beschäftigung Nachhaltige Entwicklung, Energie-Wende-Ja, Greenpeace

Anteil von 60 % am BIP ohnehin die grösste Konjunkturstütze. Die öffentliche Hand darf diese in Krisenzeiten nicht schwächen, im Gegenteil.

Die bürgerlichen „Sparpakete“ schaden kommenden Generationen. Denn sie gehen auf Kosten von Infrastruktur, Bildung und Umweltschutz. Genau diese Ausgaben entscheiden wesentlich darüber, wie gut das Leben unserer Kinder und Enkelkinder sein wird.³⁰ Die SP wird deshalb bürgerliche Abbaupakete entschieden bekämpfen. Denn diese senken üblicherweise Sozialausgaben und bauen den Service public ab. Darunter leiden ausgerechnet die Schwächsten der Gesellschaft und der Mittelstand, von denen schon viele einen hohen Preis bezahlen. Zudem bestrafen sie das Gewerbe, welches von der Kaufkraft der öffentlichen Hand und der Bevölkerung lebt.

10.2. Verschuldung schafft Mehrwert

Die Verschuldung der Schweiz lag vor der Pandemie bei 41 % der jährlichen Wertschöpfung (BIP). Zählt man Finanzvermögen der öffentlichen Hand wie etwa Unternehmensbeteiligungen zu den Schulden hinzu, wie dies die OECD tut, hat die Schweiz gar keine Schulden, sondern ein Vermögen von 9 % des BIP. Das von Finanzminister Maurer prognostizierte Corona-Defizit von 30 bis 50 Milliarden Franken entspricht einer zusätzlichen Schuld von maximal 6 % des BIP. Zudem ist ein grosser Teil davon keine Schuld im eigentlichen Sinne, da es sich nur um Bürgschaften handelt und nicht um Ausgaben. Die Bonität der Schweiz wird dadurch nicht verschlechtert. Die Schweiz erfüllt die Maastricht-Kriterien immer noch bei weitem. Künftige Generationen müssten keinen Rappen davon zurückzahlen. Warum auch? Seit einiger Zeit kassiert der Bund von Investoren sogar Minuszinsen, wenn er sich Geld bei ihnen leiht. Zurzeit nimmt der Bund 3-monatige Geldmarktbuchforderungen zu minus 0.7 % auf. Auf den Anleihen mit einer gewichteten Laufzeit von gut 12 Jahren besteht ein Zins von minus 0.4 %. Das heisst, an einer Milliarde Schulden verdient der Bund vier bis sieben Millionen Franken pro Jahr. Zudem steht er mit rund 30 Milliarden Liquidität sehr gut da. Wenn der Bund es schafft, das Emissionsvolumen sukzessive und marktschonend zu erhöhen, dürften die Zinsen nur geringfügig steigen. Der Bund kann sich problemlos leisten, diese Schuld einfach stehen zu lassen. Wenn er so haushaltet wie in den letzten Jahren, baut sich diese Schuld in den nächsten rund 30 Jahren ab.

Die Schuld der öffentlichen Hand sagt auch nichts über den Wohlstand und die Auslandabhängigkeit der Schweiz aus. Anders als zum Beispiel Italien verschuldet sich die Schweiz fast ausschliesslich im Inland. Von den derzeitigen Schulden hat die Nationalbank (SNB) gerade mal 11 % im Ausland aufgenommen. Die restlichen 89 % hat sich die Schweiz bei hiesigen Investoren geliehen: bei Banken, Pensionskassen und Versicherungen.

Schulden können zu einem Problem werden, wenn die Zinsen steigen. Angesichts der grossen Rezession, der stark gewachsenen weltweiten Verschuldung und der ausbleibenden inflationären Tendenzen ist in den nächsten Jahren aber nicht mit einem starken Anstieg der Zinsen zu rechnen. Es ist deshalb sinnlos, während einer Weltwirtschaftskrise Schulden abzubauen. Wenn mit den zusätzlichen Schulden (auf denen notabene ein Zinsertrag anfällt) die Infrastruktur erneuert wird, die künftigen Energiekosten gesenkt werden, die Innovation

³⁰ <https://www.woz.ch/2020/wer-soll-die-krise-bezahlen/der-generationenschwindel>.

gefördert und die Bildung verbessert wird, dann profitieren künftige Generationen von einem nachhaltigen Mehrwert, der sich positiv in der Staatsrechnung niederschlagen wird.

Die SP Schweiz hält einen kurzfristigen Schuldenabbau deshalb für völlig falsch. Im Gegenteil, die Schweiz ist finanziell so gut aufgestellt, dass sie die aufgelaufene Corona-Verschuldung gar nicht zurückbezahlen muss und sich auch für die nötigen Investitionen für das Klima ohne negative Folgen weiter verschulden oder auch Bürgschaften für „Green Bonds“ sprechen kann.

10.3 Die Nutzniesser als Geldquelle

Für die SP kommen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder eine Erhöhung der Einkommensbesteuerung kleinerer und mittlerer Einkommen nicht in Frage. Denn diese würden die Kaufkraft vieler Krisengeschädigter weiter schwächen. Wenn der Bund seine aufgelaufene Schuld abbauen will, dann nur über einen Lastenausgleich, welcher die Nutzniessenden und das Kapital in die Pflicht nimmt.

Zu den Nutzniessenden gehören Unternehmen, die Gewinne schreiben, und die Dividendenempfänger_innen, die von Gewinnausschüttungen profitieren. Eine befristete Erhöhung der Gewinnsteuern und der Dividendenbesteuerung folgt dieser Logik. Deutschland finanzierte den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer Steuer von 50 % auf den Vermögen. Dieser Lastenausgleich musste vierteljährlich verteilt über 30 Jahre bezahlt werden. Es gab Freibeträge auf kleine Vermögen. Damit bezahlten die Reichen eine Vermögenssteuer von jährlich 1.7 %. Weil die Kapitalerträge höher waren als diese Steuern, sanken die Vermögen nicht. Bekanntlich hat dieser Lastenausgleich im Deutschland der Nachkriegszeit eine enorme wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht und die soziale Ungleichheit verringert.

Die Vermögen der hier lebenden Millionärinnen und Milliardäre haben sich in etwas mehr als einem Jahrzehnt beinahe verdoppelt. Die sechs Prozent Reichsten besitzen in der Schweiz zwei Drittel des gesamten privaten Reichtums – die übrigen 94 % teilen sich den Rest. Die natürlichen Personen verfügen in der Schweiz über rund 1.8 Billionen Reinvermögen. Lassen wir die untere Hälfte der ‘kleinen’ Vermögen steuerfrei und belasten die 900 Milliarden der Reichsten mit 12 %, welche über beispielsweise 10 Jahren verteilt bezahlt werden können, lassen sich rund 100 Milliarden für ein brauchbares Wirtschaftsprogramm ebenso wie die Deckung der Krisenmassnahmen finanzieren.

Bereits 2017 forderte Christine Lagarde, ehemalige IWF-Chefin und heutige Präsidentin der Europäischen Zentralbank, die Regierungen dazu auf, Reiche höher zu besteuern, um die Ungleichheit zu reduzieren. Auch ihre Nachfolgerin Kristalina Georgiewa ruft aktuell dazu auf, im Kampf gegen die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise die Steuern auf grosse Vermögen zu erhöhen.

Auch Erbende gehören zu den grossen Nutzniessenden. Das in der Schweiz vererbte Vermögen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. 2020 werden in der Schweiz etwa 95

Milliarden Franken vererbt³¹. Würde der Bund davon nur 20 % besteuern, liesse sich die während der Pandemie aufgelaufene Staatsschuld in nur vier Jahren abbauen und in dieser Zeit erst noch ein Investitionsprogramm für die Energiewende finanzieren.

Auch der Börsenhandel hat profitiert. Er hat im April 2020 gegenüber dem Vorjahr um über 50 % zugelegt. Genauso wie die grossen Digitalkonzerne Amazon, Facebook oder Netflix. Diese bezahlen weltweit kaum Steuern. Ihre Aktienkurse stiegen wegen der Krise aber signifikant. Die SP hält deshalb die Einführung einer Börsen- oder Finanztransaktionssteuer für zielführend und für genügend ergiebig, um die Anreize für den Neustart zu finanzieren.

Die Schweiz verfügt also über zahlreiche Möglichkeiten, die Investitionen für den klimafreundlichen Neustart nachhaltig und gerecht zu finanzieren. Diese scheitern also nicht am Geld. Sie drohen aber, am politischen Willen der bürgerlichen Mehrheiten zu scheitern.

10.4. Finanzierung über die Energiepreise

Bis heute werden staatliche Investitionen zu Gunsten des Klimaschutzes kaum über Steuer-gelder finanziert, sondern über Preisaufschläge bei den Energieträgern. Einzig Forschung und Entwicklung, Projekte im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und der öffentliche Verkehr werden mit Steuermitteln unterstützt.

Das Gebäudesanierungsprogramm finanziert der Bund mit der CO₂-Abgabe auf Heizöl. Den Bau von Solar-, Wind-, Wasser- oder Biomasse-Kraftwerken ermöglicht er mit einem Preiszuschlag auf Strom. Und zur Förderung von Klimaschutzprojekten, die vornehmlich im Ausland umgesetzt werden, erheben die Treibstoffimporteure eine Abgabe von 1 bis 2 Rappen pro Liter Benzin oder Diesel.

Grundsätzlich ist die Erhöhung der Energiepreise richtig. Denn diese Preise sagen heute nicht die Wahrheit. Wer Benzin, Heizöl, oder Gas kauft, bezahlt nichts für die Gesundheits- und Umweltkosten der damit verbundenen Luftverschmutzung. Er oder sie bezahlt auch nichts für die Schäden der Naturkatastrophen, welche wegen der Klimaerhitzung zunehmen. Für all das bezahlt die Allgemeinheit und zu einem grossen Teil die öffentliche Hand. Das ist nicht verursachergerecht und verzerrt den Markt.

Erst wenn die genannten „externen“ Kosten im Handelspreis enthalten sind, werden Investitions- und Kaufentscheide aus volkswirtschaftlicher Sicht richtig gefällt. Wie hoch die externen Kosten sind, ist allerdings schwierig zu ermitteln. Es gibt unterschiedliche Ansätze und Forschungsergebnisse dazu. Klar ist, dass die Ölpreise viel höher sein müssten, damit Kostenwahrheit entsteht und die richtigen Preissignale ausgesendet werden. Aktuell herrscht im Energiebereich ein totales Marktversagen.

Wenn wir die Energiepreise erhöhen, bis sie die Kostenwahrheit abbilden, entstehen aber soziale Härten. Eine Erhöhung der Heizölpreise zum Beispiel belastet den Finanzhaushalt

³¹ <https://www.srf.ch/news/schweiz/rekordjahr-2020-95-milliarden-so-viel-erben-schweizer-2020>

von Mieterinnen und Mietern erheblich, sie sind solchen Preissteigerungen wehrlos ausgeliefert, da sie heizen müssen und oft keine erneuerbare Alternative haben.

Diese sozialen Härten können deutlich gesenkt werden, wenn die höheren Energiepreise an die Bevölkerung und die Wirtschaft rückerstattet werden, d.h. wenn sie pro Kopf an die Haushalte und pro Angestellte_r an die Firmen zurückfliessen. Die SP hat in einer Studie³² aufgezeigt, dass die CO₂-Abgabe, die heute zu zwei Dritteln rückverteilt wird, zum Beispiel für vierköpfige Familien rentabel ist. Denn eine solche Familie erhält mehr Geld zurück, als sie für die durchschnittliche Energiepreiserhöhung bezahlt. Und dies, obwohl ein Drittel dieses Geldes für die Förderung der Gebäudesanierungen abgezweigt wird. Die Studie der SP zeigt aber klar, dass sich die Investitionen, die zum Ersatz von fossilen Heizungen oder Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren führen, für alle lohnen, weil die Energiekosten danach deutlich sinken.

Kostenwahrheit mittels Lenkungsabgaben zu erreichen, ist zwar ein marktwirtschaftlich sinnvolles Konzept. Es setzt aber voraus, dass die Leute sich tatsächlich auch marktwirtschaftlich verhalten und auf Alternativen umsteigen können. Bei Mieter_innen oder bei Menschen, die auf fossil betriebene Privat- oder Lieferautos angewiesen sind, ist das nicht der Fall. Auch dort, wo der Markt durch die Landesgrenzen beeinflusst wird, sind Energiepreiserhöhungen problematisch. Gerade in einem kleinen Land wie die Schweiz, in dem rund die Hälfte der Bevölkerung weniger als eine Stunde von der Grenze entfernt wohnt, würde ein grosser Teil der Bevölkerung eine Lenkungsabgabe auf Benzin durch eine Tankung im Ausland umgehen.

Die SP

- unterstützt die bisherigen Finanzierungsinstrumente wie die CO₂-Abgabe und den Stromnetzzuschlag von 2.3 Rappen des Bundes und setzt sich für deren Fortführung ein.
- unterstützt die Bestrebungen, Kostenwahrheit in den Energiepreisen abzubilden, fordert aber ergänzende Massnahmen zur Verhinderung sozialer Härten. Die soziale Realität aller Teile der Bevölkerung muss berücksichtigt werden.
- setzt sich bei weiteren Energiepreisaufschlägen dafür ein, dass sie sozialverträglich ausgestaltet werden. Sie sollen möglichst vollständig an Bevölkerung und Wirtschaft rückerstattet werden und mit Massnahmen begleitet werden, die allen erlauben, den Übergang im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten zu finanzieren.
- fordert, dass der Grossteil der zusätzlichen Klimaschutz-Investitionen über die ordentliche Bundeskasse finanziert wird. Da die direkten Bundessteuern einen hohen Freibetrag kennen und stark progressiv erhoben werden, stellen sie die sozialste aller Finanzierungsvarianten dar.

³² https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/2019_07_16_sociale_energiewende.pdf.

- lehnt Preisaufläge auf CO₂ zur Finanzierung der allgemeinen Staatskasse (Klimasteuern) ab, denn sie machen den Staat abhängig von fossilen Energieträgern, von denen wir uns möglichst bald befreien wollen.
- setzt sich ein für eine paritätische Vertretung der Geschlechter in allen Stellen und Kreisen der Entscheidungsfindung, der Gesetzgebung und der Meinungsbildung zur Klimapolitik.